

mitarbeiten 03/2019

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Stiftung Mitarbeit setzt neues Förderprogramm um

Demokratie braucht Initiative

Für den Förderfonds Demokratie können sich ab sofort zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet bewerben. Angesprochen werden Projekte, Initiativen und Ideen, die sich der offenen Gesellschaft und ihren demokratischen Werten verpflichtet fühlen, sich auf der Grundlage der Menschenrechte für das Gemeinwohl engagieren, die Dialogfähigkeit und Pluralität fördern und deren Arbeit ganz oder in Teilen durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement getragen wird. Jedes ausgewählte Projekt erhält für die Umsetzung des Vorhabens eine einmalige Förderung bis zu einer Höhe von 5.000 Euro.

Demokratieförderung ist eine dauerhafte gesellschaftliche und politische Querschnittsaufgabe, die sich auch an die zahlreichen Stiftungen in Deutschland richtet. Als konkreten Ausdruck der Sorge um die Entwicklung der Demokratie, vor allem aber als solidarische Ermutigung für die Menschen, die Demokratie tagtäglich im zivilgesellschaftlichen Kontext gestalten, haben acht große deutsche Stiftungen den Förderfonds Demokratie ins Leben gerufen.



Förderfonds Demokratie

Klar ist: Demokratie lebt vom Mitmachen. Demokratisches Handeln muss in einem gemeinsamen Lernprozess entwickelt und geübt werden. Vor diesem Hintergrund werden mit dem Förderfonds Demokratie vorbildliche Vorhaben, Ideen und Projekte unterstützt, die einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. Menschen sollen ermutigt werden, demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Für den Förderfonds Demokratie können sich zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen (z.B.

gemeinnützige Vereine, Stiftungen, Kinder- und Jugendprojekte, wissenschaftliche Institute, Sozialunternehmen, gGmbHs und selbstorganisierte Initiativen ohne Vereinsstruktur) aus dem gesamten Bundesgebiet bewerben. Angesprochen werden zivilgesellschaftliche Projekte, Initiativen und Ideen, die sich der offenen Gesellschaft und ihren demokratischen Werten verpflichtet fühlen, sich auf der Grundlage der Menschenrechte für das Gemeinwohl engagieren, die Dialogfähigkeit und Pluralität fördern und deren Arbeit ganz oder in Teilen durch freiwilliges bürgerschaftliches Engagement getragen wird.

Die Bewerbung steht unter der Leitfrage: »Was trägt Ihr Projekt zur Stärkung der Demokratie bei?«. Die Bewerber/innen erläutern im Förderantrag, welche demokratischen Impulse und welchen demokratischen Mehrwert das Projekt, die Idee, das Vorhaben im jeweiligen Wirkungskreis entfaltet. Innovative Ansätze und Vorhaben zur Demokratieentwicklung können auf dieser Grundlage eine Anschubfinanzierung erhalten, erprobte Projektideen, die bereits andersorts erfolgreich waren, können

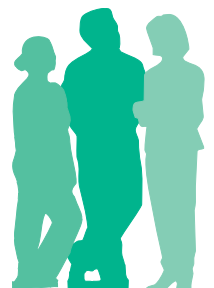
an andere Standorte transferiert werden. Somit sind auch Vorhaben förderfähig, die bereits vor Einsatz der Förderung gestartet sind. Es ist ausdrücklich gewünscht, dass sich geförderte Projekte mit weiteren Partnern vernetzen und im Rahmen ihrer Arbeit mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft kooperieren.

Jedes ausgewählte Projekt erhält für die Umsetzung des Vorhabens eine einmalige Förderung bis zu einer Höhe von 5.000 Euro. Alle geförderten Projekte erhalten zusätzlich zur finanziellen Unterstützung die Gelegenheit, an einer Projektwerkstatt teilzunehmen.

Über die abschließende Auswahl der Projekte und die Bewilligung der Mittel entscheidet eine Jury, die sich aus Vertreter/innen der fördernden Stiftungen und der Stiftung Mitarbeit zusammensetzt. Der Zeitraum des Förderprogramms ist zunächst auf drei Förderrunden festgelegt. Die Ausschreibung zur ersten Bewerbungsrunde endet am 30. September 2019, Bewerbungen für die zweite Runde können ab Januar 2020 eingereicht werden. Der Förderzeitraum für alle geförderten Vorhaben beträgt maximal neun Monate, die Projekte der ersten Runde können am 1. Januar 2020 mit ihrer Arbeit starten.

Der Förderfonds Demokratie ist eine Gemeinschaftsinitiative der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S., Bertelsmann Stiftung, Deutsche Telekom Stiftung, Gerda Henkel Stiftung, Körber Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Schöpflin Stiftung und Stiftung Mercator. Die Stiftung Mitarbeit ist als Regiestelle für die Umsetzung des Förderprogramms zuständig.

Die vollständige Ausschreibung, ein Bewerbungsformular sowie weitere nützliche Informationen im Netz unter www.foerderfonds-demokratie.de.





»Dialog ist die Mutter der Demokratie«

Demokratie lebt vom Dialog. Ein demokratischer Dialog verschiedener Akteure erfordert in der Regel die Bereitschaft und den Mut, sich offen auf ein Gespräch über Grenzen des eigenen Verständnisses und der eigenen Positionen hinweg einzulassen. Um jedoch miteinander ins Gespräch kommen zu können, sind neben Kompetenzen und Ressourcen auch Orte und Räume vonnöten, an denen Menschen sich treffen und austauschen können. Was Dialog mit Zuhören, Verständnis, Vertrauen, Respekt und nicht zuletzt mit Demokratie zu tun hat, erklärt der Politikwissenschaftler Roland Roth.

Dialog ist einer der Schlüsselbegriffe, wenn von Demokratie und Bürgerbeteiligung die Rede ist. Was ist in diesem Kontext mit Dialog gemeint?

Roland Roth: Dialog ist der Austausch von Meinungen, von Ideen und Vorstellungen, die sich im Gespräch entwickeln und verändern können. Dialog ist das Grundprinzip demokratischer Verständigung. Dialog setzt Empathie voraus, Dialog bedeutet, sich auf die Perspektiven des anderen einzulassen. Wenn das gelingt, kann es sein, dass man die eigenen Präferenzen und Vorstellungen verändert.

Wie steht es um die Dialogfähigkeit in der Gesellschaft?

Der Dialog ist zu einem knappen Gut geworden. Das hat auch mit veränderten Arbeitsprozessen zu tun, die immer weniger auf Dialoge, auf Gespräche, auf Zusammenarbeit mit anderen Menschen angewiesen sind. Eine weitere Quelle ist die Mediati-

sierung in dem Sinne, dass Dialoge und Gespräche immer stärker medienvermittelt sind. Das hängt auch mit der Ausbreitung der neuen sozialen Medien oder eher »unsozialen« Medien zusammen. Heute ersetzen alle möglichen Formen der Internet-Kommunikation zunehmend das direkte Gespräch von Angesicht zu Angesicht. Dadurch gehen zentrale demokratische Qualitäten verloren, zum Beispiel der Aufbau von Vertrauen, das für politische Kontexte besonders wichtig ist. Ich kann Vertrauen nur mit Menschen und zu Menschen entwickeln, wenn ich direkt mit ihnen kommuniziere. Ich kann das nicht abstrakt in irgendeinem medialen Zusammenhang tun, in dem Wut-Kommunikation, Vorurteile oder Vorbehalte dominieren. Es ist zentral für die demokratische Qualität des Dialogs, gute Argumente für die eigene Perspektive, für die eigenen Vorschläge zu liefern, aber auch die Bereitschaft

mitzubringen, nicht nur Meinungen auszutauschen und nicht nur ja oder nein zu irgendeiner Ansicht zu sagen, sondern sich genauer anzuhören: Weshalb ist die oder der Betreffende denn ganz anderer Ansicht als man selber? Dialog ist die Mutter der Demokratie. Je knapper diese Ressource im demokratischen Prozess ist, desto geringer ist die demokratische Qualität.

Was ist notwendig, um Dialoge führen zu können, welche Kompetenzen und Ressourcen sind dafür nötig?

Man muss den Dialog im Grunde genommen von klein auf lernen. Beteiligungsprozesse, in Kitas, in Kinderstuben aller Art, in der Familie, sind dafür notwendige Lernorte. Sich eine Meinung zu bilden, sie auch in der Auseinandersetzung begründen und andere überzeugen zu können, diese Grunderfahrung zu stärken, ist wesentlich. Weil sie auch bedeutet: ich nehme mich selber ernst und werde ernstgenommen. Aber auch: Du bist mir wichtig genug, Dir zuzuhören und ich gehe davon aus, dass Du etwas zu sagen hast, was für mich Bedeutung hat. Und von daher ist es sehr wichtig, Orte zu schaffen, an denen das möglich ist. Und das umso mehr, je heterogener und vielfältiger unsere Gesellschaften werden. Dazu braucht es natürlich auch eine Sprache, die der Verständigung dient und nicht der Aus- und Abgrenzung. Es ist für mich ein beruhigendes Zeichen, dass in den letzten Jahren große Energie darauf verwendet wird, solche Dialoggelegenheiten zu schaffen, gerade auch im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten. Niedrigschwellig und ohne gezielte inhaltliche Vorgaben. Das kann zum Beispiel die Organisation eines gemeinsamen Essens sein, das den Beteiligten die Chance bietet, Gespräche zu führen, die nicht anspruchsvoll sein müssen, aber in der wechselseitigen Anerkennung münden können. Sonst landen wir alle in Echokammern, in denen wir uns mit einigen wenigen Gleichgesinnten wechselseitig bestärken, dass wir die gleichen Ansichten haben.

Wie kann es gelingen, solche Dialogorte zu stärken?

Wenn wir Demokratie stärken wollen, dann kommt es nicht nur darauf an, eine Dialogstruktur zu ermöglichen, sondern auch darüber

(Fortsetzung von Seite 2)

»Dialog ist die ...

nachzudenken, wie wir öffentliche Räume und Institutionen, zum Beispiel Schulen und Kindergärten, so gestalten können, dass solche Gespräche möglich sind. Es geht darum, öffentliche Räume so zu gestalten, dass man sich gerne dort aufhält und Begegnungen erleichtert werden. Da kann Architektur viel leisten. Es lässt sich sehr viel dafür tun, öffentliche Orte lebbar zu gestalten. Ein Weg ist beispielsweise, öffentliche Räume mit künftigen Nutzerinnen und Nutzern zu planen und sie damit zu freundlicheren, gesprächseinladenden Orten zu machen.

Welche weiteren Ansatzpunkte gibt es? Was können wir dafür tun, dass Dialog noch stärker gelernt, geübt und praktiziert wird?

Wir müssen noch viel stärker – angefangen beim Bundestag bis in die Kommunalparlamente hinein – darüber nachdenken, wie wir Dialogelemente stärken können, um überzeugend zu sein. Repräsentation lebt davon, dass Argumente ausgetauscht werden, Pro und Contra möglich ist, dass Alternativen öffentlich verhandelt werden.

Daneben finde ich es hoffnungsvoll, dass einige Ministerien oder Bundesländer anfangen, ihre Gesetzgebungsprozesse und ihre Gesetzentwürfe sehr viel stärker öffentlich zur Debatte zu stellen und einen Diskussionsprozess, beispielsweise mit der Zivilgesellschaft, zu organisieren und zu ermöglichen. Viele politische Akteure – vor allem auf lokaler Ebene – versuchen, einen stärkeren diskursiven Unterbau für ihre Tätigkeit zu finden.

Es gibt noch viel zu tun, um glaubhaft zu machen, dass hier wirklich eine breitere Repräsentation gesellschaftlicher Interessen in einer fairen Weise stattfindet, die dann – auf der Suche nach der besseren Lösung – auch Demokratie wieder neu erfahrbar macht. Gute Beteiligungsprozesse im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren und Vorhaben sind ein ganz entscheidender Mechanismus, um Dialoge im politischen Raum in einem urdemokratischen Sinne zu stärken.

Das vollständige (Video-)Interview im Netz unter www.mitarbeit.de/publikationen/video_gespraech

»Vertrauen in die Demokratie stärken«

Das Verhältnis von Religion, Kirche und Demokratie steht im Mittelpunkt eines aktuellen Themenschwerpunkts des eNewsletters Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit. Darin setzen sich verschiedene Autorinnen und Autoren beispielsweise mit der Frage auseinander, wie die Öffnung der Kirchengemeinden hin zur Zivilgesellschaft gelingen kann und welche Aufgaben Kirchen als demokratische Akteure im Gemeinwesen übernehmen können.

Vertrauen in die Demokratie stärken: unter dieser Überschrift haben im April 2019 die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland ein sog. Gemeinsames Wort veröffentlicht, in dem sie einen Blick auf den Zustand und die Entwicklungsmöglichkeiten der bundesdeutschen Demokratie werfen. Die Soziologin und Politikwissenschaftlerin Eva Senghaas-Knobloch, emeritierte Professorin an der Universität Bremen und eine der Autor/innen des Gemeinsamen Worts, stellt in ihrem Gastbeitrag das Papier vor. Sie skizziert das Demokratieverständnis der beiden großen Kirchen und zeigt politische Handlungsfelder der Zukunft auf. Das Gemeinsame Wort wendet sich gegen totalitäre Ideologien, illiberale Gesellschaftskonzepte und einen religiösen Fundamentalismus, der auf Abwertung Andersgläubiger zielt. Christlicher Glaube, so wird betont, sei nicht von sozialer Praxis und damit auch nicht von Politik und dem Eintreten für Demokratie zu trennen.

Kirchen müssen ähnlich wie Volksparteien zurzeit mit einem anhaltenden Vertrauensverlust umgehen. Zunehmend fühlen sich Menschen nicht repräsentiert und suchen neue Orte, Gruppen, Bewegungen. Vor diesem Hintergrund verweist Susanne Breit-Keßler, Regionalbischöfin und Ständige Vertreterin des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, in ihrem Gastbeitrag auf die Bedeutung von Beteiligung, Auseinandersetzung und Diskurs für die Demokratie wie auch für die Kirche.

Inwieweit dient die Religion dem Rechtspopulismus als Ressource? Welche Ambivalenzen bestimmen das Verhältnis von Religion und Rechtspopulismus? Klar ist: die Berufung auf das Christentum gepaart mit einer Diffamierung »des« Islam ist zu einem Hauptmerkmal avanciert, welches nahezu alle rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen in Europa miteinander teilen. PD Dr. Oliver Hidalgo, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg, und Dr. Alexander Yendell, Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig, analysieren vor diesem Hintergrund in ihrem Gastbeitrag das Zusammenspiel von Religion und Rechtspopulismus und zeigen Konsequenzen für Politik und Demokratie auf.

Die Wanderausstellung »Kunst trotz(t) Ausgrenzung« ist Teil eines Projektes zur Demokratieförderung der Diakonie Deutschland. Die Ausstellung wurde im Rahmen der letzten »documenta« eröffnet und ist seitdem in verschiedenen Städten in Deutschland zu sehen. Die Ausstellung umfasst etwa 200 Werke von 50 Künstler/innen. Anfang 2019 war die Ausstellung in Chemnitz zu Gast. Nora Köhler gibt in ihrem Gastbeitrag einen Einblick in die damit verbundenen Erfahrungen und Ergebnisse.

Der Themenschwerpunkt mit allen Beiträgen im Netz unter www.buergergesellschaft.de/mitteilen/news/archiv-des-ene-newsletters/ene-newsletter-archiv-2019/ene-newsletter-wegweiser-buergergesellschaft-62019-1962019

 **wegweiser-**
bürgergesellschaft.de

eNewsletter

Netzwerk Demokratie stärken

Die Demokratie braucht Menschen, die sie unterstützen. Ein friedliches Zusammenleben und ein demokratisches Miteinander sind keine Selbstverständlichkeiten. Auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen gibt es Initiativen, die genau das zum Thema machen und Demokratie erlebbar machen wollen. Gemeinsam engagieren sich Einwohner/innen, Menschen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, um deutlich zu machen, dass sie ein gelingendes Zusammenleben aller Menschen gestalten wollen – egal woher sie kommen und welche Sprache sie sprechen.

Vor diesem Hintergrund initiiert die Stiftung Mitarbeit in Zusammen-

arbeit mit dem Netzwerk Bürgerbeteiligung das »Netzwerk Demokratie stärken«. Es soll den Austausch der bestehenden und neuer Demokratie-Initiativen ermöglichen. Zusammen mit den Akteuren vor Ort sollen Strategien entwickelt werden, um die Demokratie zu stärken und Demokratie-Initiativen zu fördern. Die Veranstaltung (22.–23. November 2019 in Bonn) richtet sich an Initiativen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Politik, die die Demokratie stärken und sich mit anderen Projekten vernetzen wollen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Wo kommt das Geld her?

Die Umsetzung von Projektideen ist mit viel Engagement und oft mit nicht genug Geld verbunden. Um Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, benötigen gemeinnützige Organisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen eine entsprechende Finanzierung. So stellt sich die Frage: Welche Möglichkeiten gibt es, an die erforderlichen Mittel heranzukommen? Das Seminar (8.-9. November 2019 in Bielefeld) vermittelt einen Einstieg in die Kunst des Fundraisings. Es greift insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine, junge und lokale Projekte und Initiativen auf. Behandelt werden u. a. Spenden, Fördermittel und Sponsoring. Wäh-

rend des Seminars werden zahlreiche Fallbeispiele vorgestellt, die demonstrieren, wie andere Organisationen erfolgreich Fundraising betrieben haben. Ziel des interaktiven Seminars ist es, erste Schritte hin zur Entwicklung eines nachhaltigen, eigenen Finanzierungskonzepts zu gehen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Übungen und eigenen Entwicklungsprozessen. Das Seminar wendet sich an freiwillig Engagierte und hauptamtlich Tätige in Vereinen, Initiativen und Projekten, die als Neueinsteiger/innen Fundraising betreiben.

Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Kommunale Netzwerke für Integration

Vernetzung zwischen den zentralen Akteursgruppen vor Ort ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine gelungene kommunale Integrationspolitik. Zivilgesellschaftliche Akteure gestalten in Kooperation mit Kommunen die lokale Demokratie und Gesellschaft mit. Doch wie gelingt es, die teilweise neuen Formen der Zusammenarbeit in Netzwerken »auf Augenhöhe« dauerhaft, konstruktiv und partizipativ zu gestalten? Wie lässt sich mit Herausforderungen, neuen Rollen und Fragen der Zuständigkeiten umgehen? Wie gelingt es, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen, Migrantenorganisationen und Selbstorganisationen von Geflüch-

teten gleichberechtigt einzubinden? Das Seminar (15.-16. November 2019 in Offenbach) zeigt, wie Kooperation und Vernetzung in der Einwanderungsgesellschaft gelingen können. Neben der Vermittlung von Grundlagen der Netzwerkarbeit werden erfolgreiche Praxisbeispiele aus verschiedenen Kommunen vorgestellt. Das Seminar richtet sich an die Akteure und Menschen aus Zivilgesellschaft, Kommunen und Wirtschaft, die vor Ort in kommunalen Integrationsnetzwerken arbeiten oder die ein solches Netzwerk aufbauen wollen.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshop

Beteiligung als kommunikative Herausforderung

Beteiligung braucht gute Öffentlichkeitsarbeit. Doch was heißt das konkret? Wie können wir gelingende, crossmediale Öffentlichkeitsarbeit gestalten? Wie sprechen wir die relevanten Zielgruppen an? Wie erreichen wir einen zielführenden Austausch? Wie schaffen wir Transparenz innerhalb von Beteiligungsprozessen? Und wie vermitteln wir Diskurse und Ergebnisse? Im Rahmen des Seminars (29.-30. November 2019 in Dortmund) werden Vor- und Nachteile unterschiedlicher Kommunikationswege und -instrumente aufgezeigt, mögliche Kommunikationskonzepte skizziert und Optimierungsmöglichkeiten für die eigene Praxis identifiziert. Das Seminar richtet sich sowohl an Menschen, die Beteiligungs- und Kooperationsprozesse gestalten und erste Erfahrungen mitbringen, als auch an Interessierte, die in den Bereich einsteigen.

Nähere Informationen bei Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) und Mona Möntmann (moentmann@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert.